

2 Schutz des Wattenmeers
Keine Erdgasförderung in
Niedersachsens Küstengewässern

4 Aus dem Plenum
Smart Mobility, Grundsteuer, Regionale Ge-
sundheitszentren & die Stärkung der Tafeln

8 Einstieg in die dritte Kraft
Neues Kita-Gesetz bringt neue Qualität



L(I)EBENSWERT – DIGITAL – KLIMANEUTRAL

UNSERE INNENSTÄDTE 2030

EDITORIAL



Der Landtag geht in die Sommerpause aber Niedersachsen bereitet sich auf wichtige Wahlen vor. Mit der Bundestagswahl endet die erfolgreiche Zeit von Angela Merkel als Kanzlerin. Deutschland hat ihr viel zu verdanken. Als CDU-Fraktion wünschen wir uns mit Armin Laschet einen guten Freund Niedersachsens als neuen Bundeskanzler.

Ebenso wichtig ist die Kommunalwahl am 12. September. Die CDU ist die deutlich stärkste kommunale Kraft in Niedersachsen. Als CDU-Fraktion profitieren wir von den vielen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den Rat- und Kreishäusern. Von dort erhalten wir zahlreiche politische Ideen und Anregungen die unsere Entscheidungen wesentlich prägen.

Die Verknüpfung in die Fläche des Landes, in jede Stadt, jeden Landkreis und jede Gemeinde macht unsere Stärke aus. Für unsere Arbeit ist das wichtig. Deswegen kämpfen wir um jedes Mandat und wollen unserer Position behaupten!

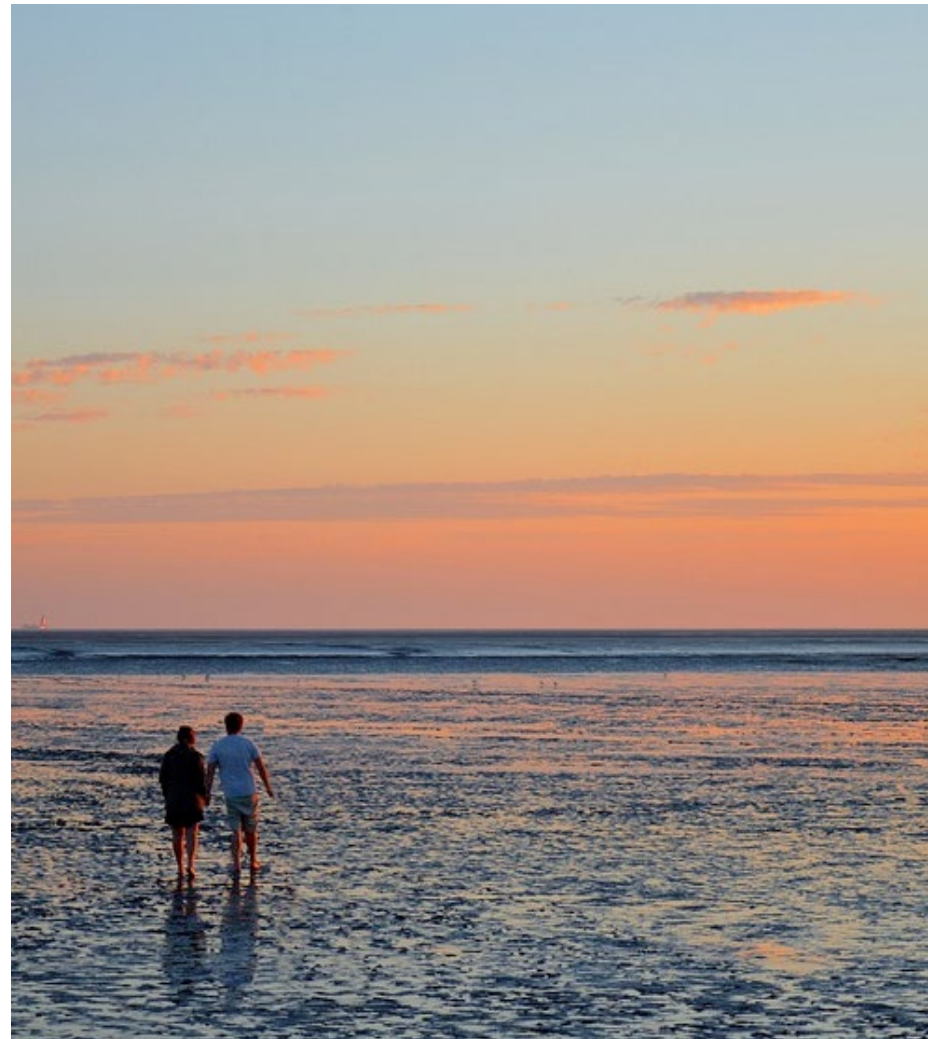
Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen schönen Sommer und erholsamen Urlaub.

Jens Nacke

Jens Nacke
Parlamentarischer
Geschäftsführer

ZUM SCHUTZ DES WATTENMEERES

Keine Erdgasförderung in Niedersachsens Küstengewässern



Für die CDU-Fraktion steht fest: „Das öffentliche Interesse an einer Unversehrtheit unseres niedersächsischen UNESCO-Welterbes hat höchste Priorität und steht damit über einer Erdgasförderung. Unser Wattenmeer hat Schutzstatus und für uns oberste Priorität! Deshalb wollen wir alles tun, damit eine Erdgasförderung einschließlich vorbereitender Arbeiten ausgeschlossen wird“, erklärte der CDU-Umweltexperte Axel Miesner bei der Einbringung des Entschließungsantrages im letzten Landtagsplenum.

Die CDU-Landtagsfraktion wendet sich gegen die Planung eines niederländischen Unternehmens, Erdgas aus dem Erdgasfeld N05-A in der

Nordsee unmittelbar vor Borkum zu fördern. Dazu sollen eine Plattform zur Förderung und Aufbereitung von Erdgas errichtet und betrieben werden, eine Pipeline auf niederländischem Hoheitsgebiet zur vorhandenen Nordgas-Transportleitung neu gebaut sowie ein Kabel zur Stromversorgung zum Offshore-Windpark Riffgat im deutschen Sektor der Nordsee verlegt werden.

„Auch die Niederländer müssen erkennen, dass eine Erschließung neuer Förderstätten aus der Zeit gefallen ist und nicht mehr mit den Klimazielen vereinbar sein kann“, so Miesner abschließend.

DIE STIMME DER WIRTSCHAFT

Parlamentarischer Mittelstand im Gespräch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks



Der Parlamentarischer Mittelstand der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag traf sich im Juni zum virtuellen Austausch gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Peter Wollseifer. Dieser warb für eine starke Mittelstandspolitik, die kleinen und mittleren Unternehmen vor allem nach der Coronakrise auf die Beine hilft. Zahlreiche Branchen seien dabei nach wie vor auf erhebliche Liquiditätshilfen angewiesen. Dies gelte für die Regeln zum Kurzarbeitergeld wie auch zur Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen, um die Betriebe in dieser außergewöhnlichen Situation zu unterstützen.

Ein dringendes Problem für das Baugewerbe seien laut Wollseifer derzeit die akuten Preis- und Beschaffungsprobleme bei Baumaterialien. Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Karl-Heinz Bley ein untragbarer Zustand: „Dieser Konjunkturpfeiler droht durch die aktuellen Entwicklungen auf dem Baumaterialmarkt einzustürzen, was massive Beeinträchtigungen der Konjunktur zur Folge hätte, nicht allein im Handwerk. Dass diese Betriebe bei gefüllten Auftragsbüchern nun plötzlich Kurzarbeit in Betracht ziehen müssen, weil wichtige Materialien nicht beschafft werden können oder die Beschaffungspreise nicht mehr bezahlbar sind, ist nicht hinnehmbar.“

Bürokratieabbau

Ein ständiges Thema ist auch der zu langsame Bürokratieabbau insbesondere bei den Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, der immer wieder für Unmut

bei den kleinen Betrieben führt. Hier muss aus Sicht der Wirtschaft mit gezielten Maßnahmen durch die Nutzung digitaler Anwendungen und Prozesse eine Verbesserung erfolgen.

Stärkung der Ausbildungsbereitschaft

Gerade die kleinen Handwerksbetriebe benötigen daneben eine Entlastung bei der überbetrieblichen Unterweisung (ÜLU), denn diese gewährleistet eine Ausbildung in der ganzen Breite eines Gewerkes auf einheitlichen und an die aktuelle Entwicklung angepassten Standards und erhöht die Mobilität der Fachkräfte. Gleichzeitig stellt die ÜLU auch einen Technologie- und Wissenstransfer in die Betriebe dar. Entlastungen in diesem Bereich stärken somit die Bereitschaft, Ausbildungsplätze anzubieten.

„Langfristig setzen wir uns für eine gleichwertige Behandlung von Berufsausbildung und Studium ein, um die Attraktivität aller Berufe zu stärken und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, so Bley. Dazu ist auch die Stärkung der Berufsbildenden Schulen im Bereich der technischen Infrastruktur und der Bereitstellung qualifizierter Lehrkräfte im Rahmen des digitalen Transformationsprozesses entscheidend. Nur so können die Schülerinnen und Schüler in Bereichen wie IT auf die sich wandelnde Berufswelt vorbereitet werden.

Trotz aller Herausforderungen steht für Bley als Vorsitzender des Parlamentarischer Mittelstand fest: „Die CDU ist die Partei des Mittelstandes in Niedersachsen. Auch gemeinsam mit der Mittelstandsunion werden wir weiterhin dafür arbeiten, dass Niedersachsen seinen gesunden und erfolgreichen Mittelstand behält. Dazu gehört unverzichtbar ein enger und intensiver Austausch auf Augenhöhe, um eine möglichst realitätsnahe Wirtschaftspolitik zu gewährleisten.“



AUS DEM PLENUM

Smart Mobility, Grundsteuer, Regionale Gesundheitszentren und die Stärkung der Tafeln

Corona ist weiterhin ein Teil unseres Alltags, aber es gibt darüber hinaus wichtige Themen, die uns schon lange beschäftigen oder und in Zukunft beschäftigen werden. Der Niedersächsische Landtag hat in dieser Woche unter anderem über Smart Mobility in Stadt und Land, das niedersächsische Flächen-Lage-Modell zur Grundsteuer, den Schutz des Wattenmeeres und die Stärkung der Tafeln debattiert.



Intelligente Steuerung ist Voraussetzung für die Smart Mobility in Stadt und Land

In einer aktuellen Stunde, angesetzt von der CDU-Fraktion, debattierten die Abgeordneten über die Mobilität der Zukunft sowohl für den städtischen als auch den ländlichen Bereich. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf machte klar, wie wichtig dabei die Digitalisierung sei: „Zukünftig wird das Auto zum Smartphone auf Rädern; vernetzt und interaktiv. Eine zentrale Steuerung in den Innenstädten ist dafür Voraussetzung für die Verkehrslenkung in Echtzeit. Daten und ihre Auswertung sind die Grundlage für intelligente Städte und Landkreise, die zukünftig einen Chief Digital Officer brauchen.“ Im ländlichen Raum gehe es darum, durch die Bündelung von Verkehr in einem klügeren ÖPNV die Mobilität überhaupt zu erhalten. Dazu gehört die Unterstützung von Car-Sharing-Angeboten und Teil-Autos für Dorfbewohner sowie digitale Rufbusse und digitale Mitfahrbänke. Gleichzeitig müsse es das Ziel sein, neues Leben in die Kleinstadt zu bekommen. Der Co-Working-Space in der Kleinstadt kann dazu beitragen Pendlerströme zu reduzieren, um Wohnen und Arbeiten an einem Ort zu ermöglichen.

Regionale Gesundheitszentren können Beitrag leisten, um die Behandlungsqualität zu verbessern

„Das Land Niedersachsen hat die Bedeutung sektorenübergreifender Versorgungsansätze für die zukünftige Sicherstellung einer wohnortnahen und leistungsfähigen Gesundheitsversorgung erkannt und als Flächenland ein besonderes Augenmerk auf die Herausforderungen in ländlichen Regionen gelegt“ so die Gesundheitsexpertin Petra Joumaah. Die Regionalen Gesundheitszentren (RGZ) können gerade in der Fläche die Erreichbarkeit von Angeboten der stationären Gesundheitsversorgung sichern und einen entscheidenden Beitrag dafür leisten, eine medizinische Anlaufstelle zu bilden, so Joumaah. „In diesen RGZ werden verschiedene Komponenten der gesundheitlichen Versorgung zentralisiert und stehen den Bürgerinnen und Bürgern an einem Standort rund um die Uhr zur Verfügung.“



Foto: Focke Strangmann

Niedersächsische Grundsteuer ist ein wichtiges Signal für die Städte und Gemeinden

Lange wurde nach dem Urteil des Verfassungsgerichts um eine Reform der Grundsteuer gerungen und verschiedene Arten diskutiert. Niedersachsen setzte auf dabei auf den Entwurf seines Finanzministers: „Das von Finanzminister Reinhold Hilbers maßgeblich entwickelte niedersächsische Flächen-Lage-Modell ist bereits in den Beratungen mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Ihm ist mit diesem Gesetz ein großer Wurf gelungen, mit dem wir beweisen, dass die Grundsteuer verfassungskonform und zugleich einfach, transparent, unbürokratisch und aufkommensneutral geregelt werden kann“, lobte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele. Die Grundsteuer in Niedersachsen werde ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudefläche sowie an der Lage des Grundstückes ausgerichtet, die über einen relativen Bodenrichtwert abgebildet wird. „Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion lehnt das komplizierte, intransparente und personalaufwändige Bundesmodell mit seinem Wertbezug entschieden ab“, betont Ulf Thiele. Das Land Niedersachsen habe daher die Möglichkeit ergriffen, die Grundsteuer künftig selbst zu regeln.



Wir stärken die Tafeln und verhindern Lebensmittelverschwendung

Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU haben in einem Entschließungsantrag einen Aktionsplan gegen die Verschwendung von Lebensmitteln und zur Stärkung der Tafeln gefordert. „Der Umfang der Lebensmittel, die jeder von uns pro Jahr im Müll entsorgt, ist dramatisch. Etwa 75 Kilogramm Lebensmittel werfen wir im Jahr weg. In der Summe sind das jedes Jahr Lebensmittel im Wert von ca. 20 Milliarden Euro“, erläutert die Verbraucherschutzpolitikerin der CDU-Landtagsfraktion Veronika Koch. Aber auch um die Weitergabe von Lebensmitteln muss es verstärkt gehen, fordert die CDU-Politikerin: „Definitiv leisten die Tafeln hier bereits einen wesentlichen Beitrag. Es muss daher unbedingt geprüft werden, ob und ggf. wie neben der bestehenden Förderung der Tafeln der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege auch die örtlichen Tafeln unterstützt werden können.“





L(I)EBENSWERT – DIGITAL – KLIMANEUTRAL:

Unsere Innenstadt 2030

Die Herausforderung

Unsere Innenstädte in Niedersachsen sind Begegnungsort, Versorgungszentrum, Arbeitsort, Wohngebiet und Besuchermagnet in einem. Die großen Herausforderungen dieser Dekade bringen aber einen notwendigen Strukturwandel in den Innenstädten mit sich, damit diese auch in Zukunft Lebens- und Erlebnisraum für alle sein können:

- **Durch den Klimawandel droht uns eine Überhitzung von Innenstädten.**
- **Durch die Digitalisierung von Handel ist der Einzelhandel unter Druck.**
- **Viele unterschiedliche Menschen haben viele unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche an eine Innenstadt.**
- **Und jeder möchte sich sicher, wohl und verbunden fühlen mit „seiner/ihrer“ Innenstadt.**

Auf der anderen Seite gibt es aber auch viele Trends, die Chancen für unsere Innenstädte bedeuten. Gerade durch die Erfahrungen aus der Corona-Krise hat sich das Bewusstsein und der Fokus für viele Menschen mehr auf die Heimat, Arbeiten von zu Hause, auf die Unterstützung regionaler Anbieter und Produkte und auf klimaneutrales Leben verlagert. Sie wünschen sich eine gemeinsame Identität mit den Menschen in „ihrer Stadt“ und ein regionales Zentrum für Einkaufen, Arbeiten und Erlebnis. Gleichzeitig haben sie klare Ansprüche an eine gute Erreichbarkeit mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln und eine einfache Abwicklung von Einkauf und Erlebnis entwickelt. Der Wunsch nach einer hohen Aufenthaltsqualität und einem positiven Stadtklima ist groß.

„Im ländlichen Raum geht es darum, durch die Bündelung von Verkehren in einem klügeren ÖPNV die Mobilität überhaupt zu erhalten. Dazu gehört die Unterstützung von Car-Sharing-Angeboten und Teil-Autos für Dorfbewohner sowie digitale Rufbusse und digitale Mitfahrbänke. Gleichzeitig müsse es das Ziel sein, neues Leben in die Kleinstadt zu bekommen.“

Der Co-Working-Space in der Kleinstadt kann dazu beitragen Pendlerströme zu reduzieren, um

Wohnen und Arbeiten an einem Ort zu ermöglichen. „Weniger Zeit im Auto, mehr Zeit mit der Familie ist die Devise.“



In den Großstädten gehe es daneben um Erreichbarkeit, um ‚Smart Parking‘, und intelligente Verkehrssteuerung. Lebenswert, klimaneutral und digital müsse die Zukunft der Innenstädte in Niedersachsen sein. „Es wird Zeit für kluge Verkehrskonzepte, damit in der Innenstadt für jeden Platz ist!“

Mareike Wulf, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion.

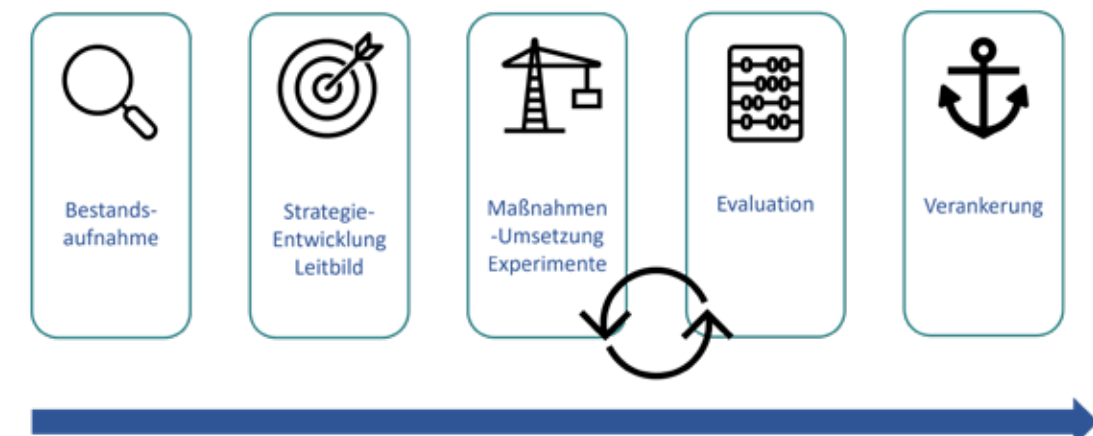
Der Prozess

Für den Prozess sollte eine digitale Plattform entwickelt werden, die Instrumente zur Planung, Steuerung und Moderation beinhaltet.

Darüber hinaus werden damit Best Practice Beispiele, Anregungen für erfolgreiche Prozesse, Ideen für neue Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben.

Diese Plattform kann von den Kommunen zusätzlich mit eigenen guten Beispielen gefüllt werden. Dadurch entsteht eine Community, die voneinander lernen und profitieren kann.

Unterstützung durch klaren Prozess



Im Zentrum dieser langfristigen Strategie steht die Ganzheitlichkeit, also der integrierte Strukturwandel in allen betroffenen Bereichen. Daher sind die Voraussetzungen für eine Förderung:

- **Einbeziehung relevanter Akteure vor Ort**
- **Abstimmung mit anderen Städten und Gemeinden in der Region**
- **Ganzheitliches Konzept für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erlebnis und Tourismus**
- **Klare Agenda für Klimaneutralität bis 2050, 55% CO2-Reduzierung bis 2030**
- **Sicherung der Versorgungsaufgabe der Innenstadt**
- **Stärkung des regionalen Einzelhandels**

„Wir als CDU-Fraktion wünschen uns Innenstädte, die eine Identifizierung der Menschen mit „ihrer“ Kommune fördern, die den Herausforderungen von demografischem Wandel und verstärkter Digitalisierung von Einzelhandel gewachsen sind und proaktiv Lösungen finden, dem Klimawandel, insbesondere der Überhitzung der Innenstädte vorbeugen/entgegenwirken und die Sicherheit, Wohlbefinden und Zugehörigkeit vermitteln.“



Uwe Schünemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion

Einstieg in die dritte Kraft über die dualisierte Ausbildung zu mehr Qualität

von Mareike Wulf

Im Zentrum des neuen Kita-Gesetzes stehen die Frage der Qualität in den Einrichtungen, die Entlastung für Fachkräfte, die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartung an Bildung, Betreuung und Erziehung in der Kita und der Fachkräftemangel als Achillesferse des gesamten Systems. In harten Verhandlungen konnten wir uns durchsetzen und dafür sorgen, dass der Gesetzentwurf angepasst wird.

Der Einstieg in die dritte Kraft kommt - im Gesetz!

Das bedeutet einer ersten Stufe ab dem 01.08.2023 mindestens 2000 zusätzliche dualisierte Ausbildungsplätze mit einer attraktiven Ausbildungsvergütung. Die neuen Auszubildenden werden als „Dritte Fachkräfte in Ausbildung“ im Umfang von 15 Wochenstunden in den Einrichtungen finanziert und verstärken die Gruppen als dritte Kräfte. Mit unserem Modell der flächendeckenden dualisierten Ausbildung begegnen wir also aktiv dem Fachkräftemangel und schaffen ein tragfähiges Fundament für weitere Stufen auf dem Weg zur Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und der Einführung dritter Kräfte als Regelkräfte. In einer zweiten Stufe werden ab dem 01.08.2027 Drittkräfte in Ganztagsgruppen mit mindestens 19 Plätzen im Umfang von 20 Stunden finanziert. Auch diesen Schritt schreiben wir bereits im Gesetz nieder.

Zum 31.07.2026 bauen wir eine Revisionsklausel in das Gesetz ein.

Damit stellen wir sicher, dass nicht wieder gut 30 Jahre bis zu einer nächsten KiTaG-Novelle vergehen. Zu diesem Stichtag wird das Gesetz geprüft, um festzustellen, welche Nachsteuerungen erforderlich sind und zu welchen Stichdaten weitere Stufen zur Einführung dritte Kräfte als Regelkräfte umgesetzt werden können. In einem das Gesetz begleitenden Entschließungsantrag haben wir diese bereits definiert: In einer dritten Stufe soll das Land dritte Kräfte mit mindestens 19 belegten Plätzen unabhängig von der Betreuungszeit finanzieren, eine vierte Stufe sieht die Finanzierung von dritten Kräften im Umfang von maximal 30 Wochenstunden vor und Stufe Fünf setzt die Finanzierung von dritten Kräften im Umfang der gesamten wöchentlichen Betreuungszeit um. Eine finale sechste Stufe ist dann die verbindliche Einführung der dritten Kraft als Regelkraft.

Die von uns eingebrachte vergütete Ausbildung schafft die Grundlage für nachhaltige Qualitätssteigerungen, verbessert den Fachkraft-Kind-Schlüssel stetig, sorgt nachhaltig die Verfügbarkeit von Fachkräften am Markt und entlastet die Fachkräfte in den Einrichtungen ganz unmittelbar. Die Kita ist die erste Bildungseinrichtung, die unsere Kinder besuchen.

Das neue KiTaG muss die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche frühkindliche Bildung schaffen - gemeinsam mit den Fachkräften und nicht auf ihren Schultern. Diesem Kompass folgend haben wir mit unseren Vorschlägen zur Gesetzesänderung und dem begleitenden Entschließungsantrag nach gut 30 Jahren ohne KiTaG-Novelle einen wichtigen Meilenstein erreicht auch für die nächsten Jahre wesentliche, schrittweise aufeinander aufbauende Verbesserungen erwirkt.



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Sabine Busse
Ralph Makolla
Doreen Helms
Jens Thurow
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds

Die Fraktion auf Instagram:
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

31. August: Sommerforum „Lebendige Städte und Orte“
2. September: Sommerforum „Lebendige ländliche Räume“

Bildnachweis:
Jens Nacke: Tobias Koch
Landtag: Focke Strangmann
Alle anderen Bilder pixabay.com